

Hotspot Ostdeutschland

Was tun gegen Waldbrandgefahr?





Model Foto: VideoRoSt/Colourbox.de

Hotspot Ostdeutschland

2

Was tun gegen Waldbrandgefahr?

dbb

Betrachtet man den Dürremonitor Deutschland, so zieht sich seit 2018 ein tieferer Streifen quer über die Mitte des Landes, der sich Richtung Osten immer breiter auffächert. Fachleute sprechen mittlerweile von der schlimmsten Dürre seit 250 Jahren. Das bringt die Landwirtschaft in Bedrängnis, aber erst recht unsere Wälder. Was tun?

Im Harz reicht mittlerweile ein Funke der traditionsreichen Brockenbahn, um Feuer zu entfachen, die sich immer tiefer in das Naturschutzgebiet fressen. In Brandenburg wurden seit Beginn der Saison bereits mehr als 100 Brände auf Waldflächen verzeichnet. Gefährlich ist die Lage auch in Thüringen und Sachsen. Sachsen-Anhalt aber ist hinsichtlich Trockenheit und Waldbrandgefahr derzeit am schlimmsten betroffen.

Niederschläge würden zwar Entlastung bringen und die Situation entspannen, so sie denn fallen. Das Problem der Wälder liegt aber buchstäblich tiefer als das der Landwirtschaft. Denn während für die Bewirtschaftung von Feldern und Äckern das pflanzenverfügbare Wasser im Oberboden

den Ausschlag gibt, „leben“ unsere Wälder vom Wasserstand in 1,8 Metern Tiefe.

Und der ist im Osten seit der Dürre der Jahre 2018 bis 2020 gleichbleibend niedrig oder sogar weiter gefallen. Für die Wälder hat sich seitdem also nichts geändert: Dürre, anhaltend und in Teilen extrem. Noch nie gab es bereits im Frühjahr so viele Warnungen der höchsten Gefahrenstufen wie in diesem Jahr.

■ Technik, Vernetzung, Personal

Bundesweit wird mit den unterschiedlichsten Lösungen experimentiert. Monitoring mit Kameras und Sensoren, satellitengestützter Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI),

Modernisierung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung sind dafür nur drei Beispiele.

Wie das konkret aussieht, kann man in Annaburg erleben. Dort ist im März die hochmoderne neue Brandschutzzentrale Sachsen-Anhalts eröffnet worden. Im Hotspot sozusagen, denn der Landkreis Wittenberg weist neben dem Jerichower Land, Stendal und Salzwedel die höchste Waldbrandgefährdung im Bundesland auf. Seit der Modernisierung der Zentrale, die das Land sich in den vergangenen zwei Jahren gut 1,6 Millionen Euro kosten ließ, können von Annaburg aus 700 Quadratkilometer Wald beobachtet werden.

„IQ Fire Watch“ heißt das System, in das auch die Daten aus

den beiden anderen Waldbrandzentralen Genthin und Klötze einfließen. Auf Feuerwehrtürmen, Mobilfunkmasten und hohen Gebäuden wurden Sensoren angebracht beziehungsweise ausgetauscht, die auf Raumentwicklung mit einer Flächenausdehnung von 10 x 10 Metern reagieren. Mithilfe von KI lassen sich Verdachtsmeldungen zügig prüfen und Fehlalarme aussortieren. Die Vernetzung mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen, die ebenfalls dieses erweiterte automatisierte Frühwarnsystem nutzen, erlaubt schnelle und abgestimmte Reaktionen auch in den Grenzgebieten.

Der zerklüftete Nationalpark im Harz ist davon noch nicht erfasst. Doch ein Runder Tisch aus Vertretern von Feuerwehr, Nationalpark, Ministerien und Waldbesitzern bemüht sich hier ebenfalls um Vernetzung. Untereinander und in letzter Konsequenz auch mit Annaburg – das müsse, so die betei-

lichten Brandschützer und Brandbekämpfer, eigentlich zu bewerkstelligen sein.

Überhaupt: die Brandbekämpfung. Ohne Feuerwehren geht es nicht. Vieles aber stemmen hier die Freiwilligen, vor allem in den ländlichen Regionen. 1 500 Freiwillige Feuerwehren mit insgesamt 32 000 Ehrenamtlichen und drei Berufsfeuerwehren gibt es beispielsweise in Sachsen-Anhalt. Länder und Kommunen haben investiert, in Personal wie in Spezialisierung. In Brandenburg werden in diesem Sommer 35 neue Waldlöschfahrzeuge zum Einsatz kommen – „Typ Brandenburg“.

Waldumbau

Technische Verbesserungen, Umrüstung und bessere Ausstattung der Feuerwehren, Beschleunigung der Kommunikationswege zwischen Brandwächtern und Brandbekämpfern – das alles ist existenziell, aber nur eine Seite der Medaille. Die andere sind die Folgen von Erderwärmung und Klimawandel. Auf den Wald bezogen: Trockenheit, Hitze und Borkenkäfer.

Das trifft nicht nur, aber in besonderem Maße Nadelholzkulturen. NRW hat durch Trockenheit und Brände in nur drei Jahren ein Viertel seines Bestands an Fichtenwäldern eingebüßt. Im Osten liegt der Anteil an Nadelholzwäldern noch viel höher. Von regelrechten „Nadelbaumplantagen“ spricht hier der Waldexperte Pierre Ibisch von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Und die brennen nun mal wie Zunder.

Umbau zum Misch- oder besser noch, Laubwald und der auch noch angepasst an die vermuteten Veränderungen der kommenden 80 Jahre, soll Entlastung bringen. Doch das dauert natürlich, und die Frage, welche Bäume und Gehölze dafür am ehesten infrage kom-



Foto: Mykola Mazuryk/Colourbox.de

men, in welchem Maße man bei Aufforstung beziehungsweise Wiederaufforstung abgebrannter oder beschädigter Flächen die Natur ihren Lauf nehmen lassen und wer dafür aufkommen soll, beschäftigt Politik, Wissenschaft und Forschung.

Zum Beispiel in der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, die von Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein getragen wird. 135 Festangestellte und weitere freie Mitarbeitende beschäftigen sich hier mit Risikomanagement, Anpassungsstrategien, Sicherung von Rohstoffversorgung und Biodiversität sowie betrieblicher Steuerung. Denn das ist Wald natürlich auch: ein Wirtschaftsgut. Das häufig in privater Hand liegt und die Besitzer mittlerweile vor immer größeren Herausforderungen stellt. Waldumbau muss man sich leisten können. Förderprogramme sollen helfen.

Umnutzung und neue Wertschöpfungsketten

Im katalonischen Vall de Lord hat die deutsche Feuerwehrfrau Juliane Baumann eine Form der Brandbekämpfung bzw. -prävention kennengelernt, die sich auch für Brandenburg eignen würde: Schafe. Anders ausgedrückt: Brandbekämpfung durch Weidewirtschaft.

An diesen Gedanken müssten sich Landwirte und Waldbesit-

zer, die sich hierzulande eher als Konkurrenten begreifen, erst einmal gewöhnen. Doch hinter dieser ungewöhnlichen Koalition steht die Beobachtung, dass neben Trockenheit, Hitze und Schädlingen Abwanderung ebenfalls die Waldbrandgefahr erhöht. Wo kaum mehr jemand lebt, die Feuerwehren ausgedünnt sind, das Hydrantennetz vernachlässigt wird, da kommt es auch eher zu Bränden. Dieser Umstand und für schweres Gerät unzugängliche Waldwege haben in den Pyrenäen dazu geführt, dass man Schäfer mit ihren Tieren in den Wald schickte, damit diese dort brandbeschleunigendes Unterholz abweiden. Das schafft Arbeitsplätze, trägt zur Waldpflege bei und generiert mit dem Verkauf von Schafskäse und -milch sogar noch Anreize für Tourismus und Bleiben statt Gehen.

Auf Vielfältigkeit statt Eindimensionalität im Umgang mit dem Wald und seinen Gefährdungen setzen auch die Umweltministerien der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In einer gemeinsamen Strategie plädierten sie im vergangenen Sommer für eine gemeinsame Waldpolitik, die dem notwendigen Waldumbau Rechnung trägt. Wertschöpfungsketten weg von der Verwendung des Baumeinschlags für Energieholz oder Zellstoff hin zu einem Einsatz für langlebige Produkte etwa in der Bau- und Möbelwirtschaft werden darin angestrebt. Für eine ökologi-

sche Waldprämie zugunsten der vielen privaten Waldbesitzer wolle man sich ebenfalls einsetzen.

Technik, Personal – 10 000 neue Stellen veranschlagt allein der Bund Deutscher Forstleute –, Waldumbau, das alles sind Aufgaben, die Geld, Zeit und Aufmerksamkeit benötigen. Doch auch jeder Einzelne kann etwas tun: Im Wald und in seiner Nähe alles vermeiden, was Funkenflug oder Selbstentzündung Vorschub leistet. Denn das gehört auch zur traurigen Bilanz: Die weit überwiegende Zahl der Waldbrände geht auf Fahrlässigkeit zurück. Unsere. *Andrea Böltken*

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Model Foto: VideoRoSt/Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannan,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 25, gültig ab 1.1.2022

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Hybride Frühjahrssitzung des Landeshauptvorstandes

8. Landesgewerkschaftstag wird vorbereitet

Am 17. Mai 2022 traf sich der Landeshauptvorstand des dbb m-v zu seiner ersten Sitzung des Jahres, wobei die Landeshauptvorstandsmitglieder der Landesleitung, die in der dbb Geschäftsstelle vor Ort war, über eine Online-Plattform zugeschaltet waren.

Inhaltlich ging es in erster Linie um die Vorbereitung des 8. Landesgewerkschaftstages des dbb m-v, der am 27. und 28. September unter dem Motto „Klarer Kompass für unser Land – dbb m-v“ im Van der Valk Resort in Linstow stattfinden wird. Bis zum 17. Juli können die Fachgewerkschaften noch ihre Anträge an den Gewerkschaftstag einreichen, bis zum 8. August sind die Delegierten zu melden.

Neben Beschlüssen zum Haushalt gab es Informationen und konstruktive Diskussionen zu aktuellen gewerkschaftlichen und politischen Themen. Der Landesvorsitzende Dietmar Knecht stellte in seinem Lagebericht unter anderem fest, dass die Coronapandemie wie auch die aktuelle Ukraine-Krise die finanzielle Lage der öffentlichen Kassen grundlegend



> Mittlerweile auch dank verbesserter technischer Ausstattung der Landesgeschäftsstelle Alltag geworden: Sitzung in hybrider Form

verändert haben. Daher gelte es, zu verhindern, dass die in der Vergangenheit von der Landespolitik gemachten Zusagen vor diesem Hintergrund keinen Bestand mehr haben.

Mit dem zweistufigen Gesetzungsverfahren zur Übertragung

des Tarifiergebnisses auf die Beamtenschaft des Landes sei man hier aber auf einem guten Weg. Als nicht zufriedenstellend kritisierte der Landesvorsitzende jedoch, dass die Coroneinmalzahlung den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern nicht zukommt. Er erneuerte zudem

die Forderung des dbb nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen im Bereich von Polizei und Strafvollzug.

Ein weiteres Thema waren die zusätzlichen Belastungen durch die allgegenwärtigen Preissteigerungen, die insbesondere Pendler im Flächenland M-V extrem hart treffen. Angesichts dieser Entwicklung sei zu prüfen, ob die im Landesreisekostengesetz geregelte Kilometerpauschale noch zeitgemäß ist oder ob diese nicht dem Beispiel des Nachbarlands Schleswig-Holstein folgend zumindest temporär erhöht werden müsste.

Die nächste Sitzung des dbb Landeshauptvorstandes findet am 27. September unmittelbar vor dem Landesgewerkschaftstag statt. ■

dbb jugend bund wählt neue Bundesjugendleitung

Dank an Karo Herrmann

Am 6. und 7. Mai 2022 fand in Berlin der 19. Bundesjugendtag der dbb jugend (Bund) statt. Die fast 250 Delegierten wählten nicht nur eine komplett neue Bundesjugendleitung, sondern bestimmten auch die politische Richtung der dbb jugend für die nächsten Jahre.

Die dbb jugend mecklenburg-vorpommern war durch ihren Vorsitzenden Timon Matzik sowie weitere Delegierte aus den Fachgewerkschaften des dbb m-v vertreten. Auch der Lan-

desvorsitzende Dietmar Knecht, der selbst einmal dbb Bundesjugendleiter war, ließ es sich nicht nehmen, bei der Verabschiedung seiner „Nachfolgerin“ im Amt dabei zu sein

und auch den neuen Bundesjugendleiter Matthäus Fandrewski zu seiner Wahl zu beglückwünschen und ihm alles Gute und viel Erfolg bei seiner künftigen Arbeit zu wünschen.

„Mit Karoline Herrmann und Liv Grolik verlassen zwei engagierte gebürtige Mecklenburgerinnen die Bundesjugendleitung. Wir danken beiden sehr herzlich für ihre tolle Arbeit



und hoffen, dass wir auch künftig auf ihre Mitarbeit im dbb zählen können. Besonders bei Karo, die ja noch in M-V wohnt, gehe ich davon aus, dass sie dem dbb m-v mit ihrem Know-how in den nächsten Jahren erhalten bleibt“, so der dbb Landesvorsitzende.

Unter dem Motto „Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.“ waren junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nach Berlin gekommen, um das Update vorzubereiten, das der öffentliche Dienst verdient hat. Es ging um mehr Mut zu Ver-

änderungen besonders im Bereich der Digitalisierung, mehr Engagement in den Gewerkschaften, um wichtige Neuerungen anzustoßen und mehr junge Fachkräfte, die den bereits bestehenden Mangel ausgleichen.

Die Delegierten des Bundesjugendtages stimmten über insgesamt 145 inhaltliche Anträge aus den Bereichen Digitalisierung, Jugend, Bildung, Ehrenamt, Beamten- und Tarifrecht, Arbeit und Soziales, Sicherheit und Vielfalt ab. Insbesondere die drei verabschiedeten Leitanträge zeigen die

Linien auf, die die dbb jugend in den kommenden fünf Jahren verfolgen wird. In der digitalen Transformation der Verwaltung sieht die dbb jugend die Zukunftsaufgabe des öffentlichen Dienstes schlechthin und erteilt weiteren Sparreden im öffentlichen Dienst eine klare Absage. Befristete Arbeitsverhältnisse beim Staat lehnt die dbb jugend ebenfalls ab und macht deutlich, dass ein starker Staat seine Beschäftigten fair bezahlen muss.

Ein klares Statement gab es von der dbb jugend auch in Sa-

chen Extremismus, Demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ebenso wie die nachdrückliche Forderung, dass der öffentliche Dienst die vielfältiger werdende Gesellschaft abbilden und entsprechend diverser werden muss.

Die dbb jugend will sich künftig verstärkt für die Ermöglichung und Förderung von mehr ehrenamtlichem Engagement und Mitbestimmung einsetzen und fordert eine stärkere Einbindung der jungen Menschen in politische Entscheidungsprozesse. ■



© dbb m-v (2)

> Die Mitglieder der starken und motivierten Delegation aus M-V waren begeistert von der rundum gelungenen Veranstaltung und nahmen viele Inspirationen und Denkanstöße für ihre zukünftige Arbeit mit nach Hause.

Mitglieder der dbb Landesleitung bei der Ministerpräsidentin

Tag der Solidarität und Gemeinschaft

Am 1. Mai 1886 setzten sich in Chicago organisierte Beschäftigte für die Durchsetzung eines Achtstundentages und mehr Entlohnung ein. Die Folge davon war unter anderem die internationale Anerkennung dafür, dass Gewerkschaften für die Rechte ihrer Mitglieder eintreten dürfen.

Auf diesem Ursprung beruht der Tag der Arbeit als Protest- und Gedenktag, an dem auch in Deutschland jedes Jahr zahlreiche Menschen auf die Straße gehen – unterstützt durch gewerkschaftliche Organisationen und weitere Vertretungen wirtschaftlicher,

sozialer und kultureller Interessen.

„Der Tag der Arbeit steht auch als ein Zeichen für die Kraft und Wichtigkeit der Solidarität in unserer Gesellschaft“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. Die Verbesserun-

gen bei Einkommens- und Arbeitsbedingungen der letzten Jahre seien nur durch die Schlagkraft der Solidargemeinschaften ermöglicht worden. „Für die Gewerkschaften ist es eine Daueraufgabe, neben den wichtigen Themen rund um die Arbeit ebenso auf die aus

dem Ruder laufenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Dabei denke ich an die kritische Demografieentwicklung, die steigende Gewaltbereitschaft, an die sich abzeichnende Altersarmut und die vielen gesellschaftlichen

Herausforderungen, die uns noch bevorstehen, insbesondere bedingt durch Corona und den Krieg in der Ukraine“, so Knecht.

Dabei unterstützt der dbb m-v die Landespolitik in Punkten, die mehr soziale Gerechtigkeit versprechen, beispielsweise den Vergabemindestlohn und das Familienland Mecklenburg-Vorpommern.

Dazu äußerte sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf ihrem Arbeitnehmerempfang anlässlich des 1. Mai vor Gewerkschaftsvertretern. „Auch wir als Landesregierung wollen dazu beitragen, unser Land für Arbeitskräfte attraktiver zu machen. Dazu gehört zum Beispiel eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben nach der beitrags-



> Die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Michael Blanck, Frank Höhne und Brigitte Schroeder (von links) sowie der Landesvorsitzende Dietmar Knecht waren Gäste von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf ihrem zweiten Arbeitnehmerempfang anlässlich des Tags der Arbeit.

freien Kita nun auch den beitragsfreien Ferienhort eingeführt. Das ist eine große zusätzliche Entlastung für

viele Familien. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Personal- und Betriebsräten haben wir die Interessen der

Arbeitnehmer im Blick. Das werden wir auch in Zukunft haben“, so die Ministerpräsidentin. ■

Treffen in Wismar

Bundesweiter Gerichtsvollzieherkongress tagt im Norden

Vom 28. bis zum 30. April 2022 fand in Wismar der 106. Gerichtsvollzieherkongress statt. Rund 80 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher aus den jeweiligen Verbänden kamen zusammen, um aktuelle Themen der Gerichtsvollzieher im ganzen Bundesgebiet endlich wieder in Präsenz zu besprechen.

Die Arbeitstagung wurde am Vorabend mit einem Empfang im historischen Zeughaus in Wismar eröffnet. Neben der Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Jacqueline Bernhardt, dem OLG-Präsidenten Kai-Uwe Theede und dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht waren noch die rechtspolitischen Sprecher der Fraktionen im Landtag vor Ort und richteten kurze Grußworte an die Gerichtsvollzieher.

Themen für die Arbeitstagung waren unter anderem die Verbesserung der Ausbildung für Gerichtsvollzieher am Beispiel Baden-Württemberg, die aktuelle Kostenexplosion beim Wegegeld, bei den Bürokosten und den Schreibkräften sowie der elektronische Rechtsverkehr innerhalb der Justiz.

Der nächste Gerichtsvollzieherkongress findet im Herbst



> Justizministerin Jacqueline Bernhardt (links) mit der Vorsitzenden des Gerichtsvollzieherbundes M-V, Karina Arndt

in Hamburg statt, bevor dann im nächsten Jahr im Juni der

Bundeskongress des DGVB in Berlin ausgerichtet wird. ■

Gespräch im Landtag

Antrittsbesuch bei CDU-Fraktionschef Liskow

Nach dem Ende der durch Corona bedingten Beschränkungen konnte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 23. Mai 2022 endlich den neu gewählten Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Franz-Robert Liskow, im Schweriner Schloss zu einem ersten konstruktiven Gespräch treffen.

Neben einem breit gefächerten Spektrum an Gesprächsinhalten kam auch das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ nicht zu kurz. Weitere Schwerpunkte waren die Digitalisierung der Landesverwaltung, die

Motivation der Bediensteten und die gemeinsame Absicht, Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zum Bund entgegenzuwirken. Knecht betonte, es sei wichtig, „dass die Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger nicht

zur Belastung für Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst werden, indem man Einsparpotenziale auf dem Rücken der Beschäftigten identifiziert“.

Nach diesem ersten Gesprächsauftritt soll es weitere Gespräche geben, in denen dann jeweils Schwerpunktthemen des öffentlichen Dienstes diskutiert werden sollen.

„Ich danke dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht für einen spannenden Antrittsbesuch. An Themen mangelte es



© CDU-Fraktion

nicht: von amtsangemessenen Bezügen trotz drohender Lücke durch Corona und Ukraine-Krieg bis hin zur Ehrenamtskarte für gewerkschaftliches Ehrenamt. Der dbb mecklenburg-vorpommern wird sich weiterhin auf die CDU-Landtagsfraktion als politischen Partner verlassen können“, so das Resümee des CDU-Fraktionschefs.

Engagement für den Kinderschutz

Kinderrechte ins Grundgesetz

Vom 13. bis zum 15. Mai 2022 fanden in Schwerin die bundesweiten Kinderschutztage des Kinderschutzbundes statt. Über 200 Delegierte des Verbandes fanden den Weg nach Schwerin und erlebten ein vielfältiges Programm, ermutigende Ansprachen und lebhaft Debatten zu den aktuellen Themen der Kinder- und Familienpolitik.

Die Kinderschutztage wurden zunächst im Neustädtischen Palais in Schwerin durch die Landesvorsitzende Angelika Stierner und den Präsidenten Heinz Hilger im Beisein der Schirmherrin Manuela Schwesig, der Sozialministerin Stefanie Drese und des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Schwerin, Rico Badenschier, feierlich eröffnet.

Auf der Bundesmitgliederversammlung des Kinderschutzbundes, die am folgenden Tag in der Sport- und Kongresshalle der Landeshauptstadt Schwerin statt-



© Glimm privat

fand, verabschiedeten die Delegierten die Resolution „Kinder auf der Flucht“.

Zu den Delegierten gehörte auch Klaus Peter Glimm, der Landesvorsitzender des Deut-

schen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) im dbb und 1. Stellvertreter des DKSB-Landesverbandes M-V ist. Er freute sich über die Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch während der Veranstaltung mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (Foto), die in ihrer Ansprache forderte, dass bei jeder politischen Entscheidung die Zukunft von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stehen oder zumindest berücksichtigt werden müsse.

Für Klaus Peter Glimm gehören die Kinderschutzrechte ins Grundgesetz: „Die Rechte und Interessen von Kindern müssen in unserer Gesellschaft endlich beachtet werden. Dafür brauchen wir einen Perspektiv- und Politikwechsel in Deutschland. Der Kinderschutzbund setzt sich dafür ein, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Dann würden Kinder endlich als vollwertige Persönlichkeiten respektiert werden und ihre freie Entfaltung wäre verfassungsgemäß geschützt.“

Kongress des SBB

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen

Am 9. Mai 2022 fand in Präsenz der Kongress des SBB Beamtenbund und Tarifunion e. V. (SBB) zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen“ in Dresden statt.

Dabei wurde die vom SBB beauftragte Studie bei Prof. Dr. Britta Bannenberg, Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen, vorgestellt.

Bereits zum Start der Befragung im Juni 2021 machte Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, deutlich: „Fast täglich erreichen uns Mitteilungen zu Diffamierungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Übergriffen und tätlichen Angriffen gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen.“ Frank-Michael Welz, Vorsitzender der Fachkommission Sicherheit im SBB, beschrieb die Ausgangslage und die Intention der FK Sicherheit zur Studie mit der nicht vorhandenen belastbaren Datenlage und den notwendigen Schlussfolgerungen für die Sicherheit der Beschäftigten.

Prof. Dr. Britta Bannenberg erläuterte vor zahlreichen Vertretern von Politik, Behörden und Gewerkschaften die Studie



Prof. Dr. Britta Bannenberg präsentiert die Ergebnisse der Studie.

die und die Zielstellung. Die nicht repräsentative Befragung wurde online mit einem anonymisierten Fragebogen über die Fachgewerkschaften des SBB gestartet.

Die größte Gruppe der Befragten bildeten die sächsischen Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, gefolgt von Mitarbeitern in den Hochschulen und der Verwaltung. Die aufgezeigten Aggressions- und Gewalterfahrungen zeigen eine besorgniserregende Situation im Freistaat Sachsen.

Unter der Rubrik „sonstige, hier nicht aufgeführte Gewalterfahrungen“ machten 140 Personen Angaben zu Beleidigungen, Bedrohungen bis zu Tötungsversuchen.

Einige präzisierte Beispiele von der vorhandenen Gewalt im öffentlichen Dienst wurden den über 70 Teilnehmern von einem Angestellten der Kommunalverwaltung und von einer Grundschullehrerin genannt – erschütternd, was in unserer Gesellschaft passiert ...

Till Pietzcker, Referatsleiter beim Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung erläuterte in seinem Vortrag, welche aktuellen Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gegen Bedrohung und Gewalt in Sachsen gelten. Hier sei anzumerken, dass der „Null-Toleranz-Erlass“ in Sachsen einer kategorischen Umsetzung und Handhabung bedarf! „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist kein Kavaliersdelikt und darf auch kein Tabuthema in den Ämtern und Behörden sein! Jeder Angriff ist ein Angriff auf den Staat.“ Deshalb ist es wichtig, dass es nach einem relevanten Vorkommnis zur Erstattung einer Strafanzeige kommt.

In einem weiteren Referat berichtete Klaus Habermalz, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, über die Strategie des Umgangs mit Beleidigung und Bedrohung gegen Lehrkräfte und Erzieher. Die Formen der Gewalt

gegen die in der Bildung Tätigen reichen von physischen Angriffen bis zu psychischen Anfeindungen. Mobbing, Belästigungen und Bedrohungen auch im virtuellen Raum mit elektronischen Kommunikationsmitteln sind an der Tagesordnung.

Es wird von einer hohen Zahl nicht gemeldeter Übergriffe ausgegangen. Als ein Extremfall wurde der Mord an einer Lehrerin aus dem Jahr 1999 in Meißen genannt. Die Dienst-anweisung aus dem Jahre 2014 des SMK zur Meldepflicht von besonderen Vorkommnissen ermöglicht eine genauere Statistik nach Schulart und Standort. Der Prävention wird ein großes Augenmerk gewidmet. Grundlage bilden die Gefährdungsbeurteilungen und Ablaufpläne für gewaltsame Vorfälle sowie Präventionsangebote an Schulen inklusive der Einrichtung von Krisenteams.

Die vorgestellten Ergebnisse der Umfrage führten allen Teilnehmenden des Kongresses deutlich vor Augen, dass es zu diesem Thema weiteren Gesprächsbedarf, insbesondere vor allem auch Handlungsbedarfe gibt.

Prof. Dr. Britta Bannenberg stellte in der Studie eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor. Neben mehr Sicherheit am Arbeitsplatz kann auch verändertes Verhalten von Vorgesetzten und Behördenleitungen ein Beitrag sein. Entsprechende Gefährdungsanalysen sind

Delikt		Gesamtes Berufsleben		Innerhalb der letzten 12 Monate	
		Anzahl	in (%)	Anzahl	in (%)
Verbale Beleidigung	Ja	1.081	70,5	392	29,4
	Nein	453	29,5	943	70,6
Verbale oder körperliche Bedrohung	Ja	519	35,9	98	7,8
	Nein	927	64,1	1.165	92,2
Anspucken	Ja	101	7,3	14	1,1
	Nein	1.284	92,7	1.226	98,9
Körperlicher Angriff	Ja	170	12,3	23	1,8
	Nein	1.215	87,7	1.224	98,2
Sexuelle Belästigung / sexueller Angriff	Ja	138	9,9	238	2,3
	Nein	1.253	90,1	1.213	97,7
Tötungsversuch	Ja	15	1,1	2	0,2
	Nein	1.353	98,9	1.234	99,8
Sonstige, hier nicht aufgeführte Gewalterfahrung	Ja	166	12,1	46	3,7
	Nein	1.210	87,9	1.208	96,3

Abbildung 5: Absoluter und prozentualer Anteil der Befragten, die in ihrem (gesamten) Berufsleben bzw. innerhalb der letzten 12 Monate – bei Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit – Opfer eines der genannten Delikte geworden sind.



> Frank-Michael Welz, Vorsitzender der SBB-Fachkommission Sicherheit

durchzuführen und die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen zügig umzusetzen.

„Wird wirklich alles getan, um unsere Kolleginnen und Kollegen vor Angriffen zu schützen? Werden sie vom Dienstherrn/vom Arbeitgeber hinreichend unterstützt?“ Diese Frage stellte Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB zum Schluss. Die Anwesenheit von Friedhelm Schäfer und Maik Wagner von der dbb Bundesleitung zeigte die Wichtigkeit des Themas und die Beachtung der

Untersuchung für den gesamten dbb.

Erste Gespräche mit den anwesenden Vertretern aus Politik und Verwaltung wurden geführt, viele weitere müssen zeitnah folgen. Die Broschüre zur Studie kann bei der Geschäftsstelle des SBB abgefordert werden.

André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender SBB

Petra Müller aus dem Bundesvorstand verabschiedet

25. Bundesrealschultag des VDR

Auf der Zugfahrt nach Mannheim am 31. März 2022 erfüllte mich richtige Vorfreude nach der langen Zeit des digitalen Austauschs.

Ich freute mich auf meine Mitstreiter vom SLV, auf unsere Gespräche, auf den persönlichen Kontakt mit vielen bekannten Gesichtern aus den anderen Bundesländern. Den Sächsischen Lehrerverband und den VDR verbinden eine lange geschichtliche Tradition und ein kooperatives, freundschaftliches Verhältnis zueinander. Beiden gemein ist vor allem das Bekenntnis zu einem begabungsgerechten, durchlässigen, vielgliedrigen Schulwesen mit einer starken Real- bzw. Oberschule als Herzstück und wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen Schularten.

Den letzten Bundesrealschultag vor vier Jahren hatte ich in guter Erinnerung. Unter dem Motto „Bildung. Real. Schule. – Starke differenzierte Bildung für eine starke Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft“ war der diesjährige wieder sehr gut organisiert, interessant, voller Diskussionen und auch kultureller Höhepunkte. Bereits zum 25. Mal trafen sich die Lehrkräfte der Landesverbände aus allen Teilen Deutschlands, um über neue Anforderungen und notwendige

Weiterentwicklungen des Bildungswesens in Deutschland zu debattieren. Schwerpunktthemen waren dabei der eklatante bundesweite Lehrkräftemangel in mittlerweile allen schulischen Bereichen, das Scheitern von Schulstrukturexperimenten, der aktuelle Umgang mit der Pandemie oder der Flüchtlingsbewegung infolge der verheerenden Situation in der Ukraine, was enorme Belastungen für die Schulen mit sich bringt.

Die Bundesdelegiertenversammlung am Freitag, dem 1. April 2022, fand mit über 100 Vertretern aus 13 Landesverbänden statt. Die Delegierten waren sich einig, dass Schulstrukturexperimente gescheitert sind. Bildungsreformen haben die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt, Fehlansätze gesetzt, Schulabschlüsse entwertet und Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen. Außerdem führte eine fatale Fehlsteuerung zu einem extremen Fachkräftemangel. „Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt

und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität der Bildung in Deutschland den träumeri-

sierung der Bildungswege. Die Realität erfordert ein Umdenken hin zu mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen: Mehr Bildung – Mehr Realität – Mehr



> René Michel, Rita Kiriasis-Kluxen, Jürgen Böhm, Britta Schmidt, Edda Pfützner, Michael Jung (von links)

schen und realitätsfernen Wunschvorstellungen nicht entsprechen“, konstatierte VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm.

Der 25. Bundesrealschultag in Mannheim forderte daher eine Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland und wandte sich gegen alle Bestrebungen der Vereinheitlichung, der Gleichmacherei und Leistungsegali-

Schule! Realschule und mehr! Vielfalt in Freiheit!

Im Rahmen der Delegiertenversammlung fanden auch die Neuwahlen des Geschäftsführenden Vorstandes statt. Jürgen Böhm wurde als Bundesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Bernd Bischoff aus Bayern, Sven Christoffer aus Nordrhein-Westfalen und Dirk Meußner aus Schleswig-Holstein gewählt.

Neuer Schatzmeister wurde Ingo Lürbke (Nordrhein-Westfalen). Waltraud Eder aus Bayern erhielt weiterhin das Vertrauen für die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich fortan auch um die Verbandszeitschrift. Gewählte Schriftführerin ist Anna Katharina Müller aus Sachsen-Anhalt. Sie folgt auf Petra Müller, die leider krankheitsbedingt nicht vor Ort sein konnte. Sie wurde für ihre langjährige Tätigkeit

als Mitglied des Bundesvorstandes gebührend gewürdigt und mit emotionalen Worten aus dem Amt verabschiedet.

Die Festveranstaltung mit Podiumsdiskussion konnte mit hochkarätigen Ehrengästen aufwarten. Unter anderem gaben der Staatssekretär des Bundesbildungsministeriums, Dr. Jens Brandenburg, dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach und Volker Schebesta, Staatssekretär des Kultus-

ministeriums des Landes Baden-Württemberg, dem Verband die Ehre. Der Hauptgedanke der Podiumsdiskussion mit diesen Gästen war: Leistung soll wieder das Maß für Bildung sein. Nicht von vornherein in Gleichheit denken, sondern Bildungsgänge durch Leistung unterscheiden. Jürgen Böhm warnte außerdem vor Leuchtturmschulen, denn „am Fuße des Leuchtturms ist es immer am dunkelsten“.

Auch diesmal wurden meine Erwartungen an den Bundesrealschultag erfüllt. Der Erfahrungsaustausch war reichhaltig, enthielt neue Impulse und bot mir vielfältige Perspektiven aus den unterschiedlichen Schulsystemen der einzelnen Bundesländer. Es bleibt weiterhin viel zu tun!

*Britta Schmidt,
Vorstandsmitglied Fachverband
Oberschulen im SLV*

SBB Frauen

Erste runde Ecke live

Im Mai fand der Stammtisch der SBB Frauen zum ersten Mal live statt. Bei gemütlichem Beisammensein wurden brisante Themen aufgeworfen und diskutiert.

So erörterten wir die Probleme und Herausforderungen für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen. Können sie ihrem Beruf aus diesem Grund nicht mehr nachgehen, hat dies massive Folgen. Deshalb fordern wir gemeinsam mit

den dbb bundesfrauen eine adäquate Lohnersatzleistung beziehungsweise ein Pflegeunterstützungsgeld für die Zeit der Pflege. Somit verringern sich auch die Einbußen bei dem späteren Rentenbezug. Darüber hinaus muss für



© Gabi Stühr

die Dauer der Pflege eine angemessene Krankenversicherung für die pflegenden Personen sichergestellt sein.

Unser nächster Stammtisch soll wieder live bei Wenzel (Dresden, Königstraße) am 7. Juli 2022 stattfinden.

Berlin

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

Schwerpunkt der Frühjahrstagung am 26. April 2022 waren die von den Seniorenvertretungen eingereichten Anträge für den Gewerkschaftstag des dbb im November 2022.

Das Gremium diskutierte und stimmte über die eingereichten Anträge ab. Die vom Gewerkschaftstag angenommenen Anträge werden die

Grundlage für die Arbeit der neu zu wählenden Bundesleitung und Querschnittsvertretung sein. Der Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach

betonte in seinem Grußwort, dass es auch deshalb wichtig sei, dass Seniorenvertreter zum Gewerkschaftstag angemessen vertreten sind!

Die SBB Senioren werden jedenfalls dabei sein.

*Rita Müller,
Vorsitzende
SBB Senioren*



© Rita Müller

> Rita Müller und Walter Wunderlich (GDL) als Vertreter aus Sachsen mit dem Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung Dr. Horst Günther Klitzing (links)

SBB

Verstärkung bei den Rechnungsprüfern

Am 10. Mai 2022 haben wir in der Landesvorstandssitzung eine Rechnungsprüferin für den SBB nachgewählt.

Ines Winter-Graul ist Mitglied der DSTG Sachsen und aktuell die Vorsitzende des örtlichen

Personalrates im Sächsischen Staatsministerium der Finanzen. Nachdem sie dort viele Jahre auch in der Haushaltsabteilung im Staatshaushalt des Freistaates „mitgemischt“ hat, haben wir keinerlei Bedenken, dass unsere SBB-Haushaltsprüfung im nunmehr verstärkten Team weiterhin in guten Händen ist. Wir freuen

uns und sagen herzlichen Glückwunsch!

Notwendig geworden war die Neuwahl, nachdem unser langjähriger Prüfer Michael Creutz als neuer Landesvorsitzender des BDF Sachsen satzungsgemäß für diese Aufgabe nicht mehr zur Verfügung stehen konnte.



© Ines Winter-Graul
> Ines Winter-Graul

SBB fragt nach ...

Förderung der E-Mobilität, aber wie?

Sachsenweit werden durch die Sächsische Bauverwaltung (SIB) an immer mehr Behördenstandorten Ladesäulen für Dienst-E-Kfz aufgestellt. Aber: Warum können wir Beschäftigten diese Ladesäulen nicht auch privat nutzen?

Diese Frage wird immer häufiger gestellt, nur leider kaum beantwortet. Dieser Artikel soll nun ein erster Versuch sein, eine Antwort rund um das Thema Laden von privaten E- und Hybridfahrzeugen zu geben beziehungsweise zu finden!

Was finden wir im Gesetz dazu? Für die kostenlose Abgabe von Ladestrom an die Bediensteten bedarf es einer gesetzlichen Grundlage im Haushaltsgesetz – und genau diese fehlt bisher!

Anfang 2021 hatte das Sächsische Finanzministerium im Entwurf des Haushaltsgesetzes für die Jahre 2021 und 2022 eine entsprechende Vorschrift aufgenommen. Diese wurde insbesondere durch das Negativvotum des Sächsischen Rechnungshofes im Ergebnis des Haushaltsaufstellungsverfahrens aber wieder gestrichen, dazu folgten auch die Koalitionsparteien nicht dem Vorschlag des Finanzministeriums.

Rechtlich ungeklärt bei einer kostenlosen Abgabe des Ladestroms sind bisher die besoldungs-, tarif- und steuerrechtlichen Handhabungen und Abrechnungen. Auch die technischen Voraussetzungen zur kostenpflichtigen Abgabe des Ladestroms sind bisher leider nicht gegeben, da den Ladeeinheiten eine Abrechnungsmöglichkeit mit Stromzähler fehlt. Allerdings muss dazu erwähnt werden, dass SIB nur zuständig für die Ausstattung des Staatsbedarfes ist. Die Ladesäulen bedürfen nur für Dienst-E-Fahrzeuge keiner Abrechnungsmöglichkeit.

Auch wissenswert ist, dass der Freistaat Sachsen seinen Strom vergünstigt bezieht. Diese Vergünstigung darf er wiederum nicht an die Bediensteten weitergeben, da er sonst den Wettbewerb zu den anderen Ladestromanbietern verzerren würde. Gleichzeitig wäre eine spezielle Bevorzugung von Bediensteten beim Freistaat

Sachsen im Vergleich zu allen anderen Bürgern sehr schwer zu erklären und zu vermitteln.

Neben dem kostenlosen Laden wird auch eine Bezuschussung für die Anschaffung von E- und Hybridfahrzeugen immer stärker gefordert. Eine solche Zuschussregelung sollte und muss aber allen Bediensteten im Freistaat zugutekommen, damit es keine Ungleichbehandlung der Statusgruppen (Beamten-schaft und Beschäftigte) gibt! Erschwerend kommt hinzu, dass dann auch im TV-L eine solche Regelung verankert werden müsste. Dann gilt diese Regelung aber nicht nur für die sächsischen Beschäftigten. Eine Einigung in der Tarifgemeinschaft der Länder erscheint hier weit entfernt. Nur für die Beamtenschaft eine Regelung im Sächsischen Besoldungsgesetz zu schaffen, ist jedoch nicht durchsetzbar.

Was kann und sollte aber getan werden?

In unmittelbarer Nähe der Behördenstandorte könnten Stromanbieter ihre Ladesäulen aufstellen. So würde das öffentliche Ladenetz ausgebaut und die Verfügbarkeit der La-

desäulen zum kostenpflichtigen Laden für alle erhöht werden. Dazu müsste der Freistaat entsprechende Flächen zur Verfügung stellen. Dazu sollten alle Seiten des politischen Miteinanders gemeinsam nach Alternativen suchen, um die E-Mobilität zu fördern. Vielleicht könnte ein Ansatz die Schließung von Rahmenverträgen sein, um vergünstigte Konditionen der Anschaffung, des Leasings oder der Miete zu regeln. Vielleicht ist die Lösung auch erst mal nur im Staatsbedarf zu suchen und der Anteil der E-Dienstfahrzeuge (inklusive E-Bikes) zu erhöhen.

Wir sollten alle gemeinsam nach Vorschlägen und Lösungen suchen, um gemeinsam Alternativen aufzeigen zu können. Sie haben beziehungsweise ihr habt Ideen und Vorschläge? Bitte gern an post@sbb.dbb.de senden – wir freuen uns über Anregungen!

PS: Noch ein Hinweis ... die vorgenannten Ausführungen gelten natürlich alle auch für das Laden der E-Bikes in den Dienstgebäuden.

Manja Kropp, stellvertretende Vorsitzende DSTG Sachsen

Wettbewerb um gutes Personal

Bessere Außendarstellung als Arbeitgeber und mehr Verbeamten in Sachsen-Anhalt

Das Land Sachsen-Anhalt will sich als Arbeitgeber attraktiver zeigen. Im Innenministerium soll zum 1. Juli 2022 eine „zentrale Stelle für Personalmanagement“ entstehen. Der dbb sachsen-anhalt begrüßt ausdrücklich, dass das Land nun endlich tätig wird. „Wir stellen uns als Arbeitgeber Land einfach nicht gut dar. Wir haben deutliche Defizite im Social-Media-Bereich und im Berufsfeldfinder“, betont der 1. stellvertretende dbb Landesvorsitzende, Ulrich Stock.

Die fünfköpfige „zentrale Stelle für Personalmanagement“ soll als Serviceeinheit unter anderem ein Arbeitgeberprofil mit

einem einheitlichen Erscheinungsbild erarbeiten, ein modernes und gut durchsuchbares Karriereportal im Internet aufbauen sowie das gezielte Anwerben von Nachwuchskräften forcieren. Der dbb hatte dieses Problem bereits vor Jahren erkannt und eine eigene Kampagne („Die Unverzichtbaren“) durchgeführt. Hier wurde unter Nutzung verschiedener Medien auf Berufe und Chancen im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht.

In über 20 Jahren hat das Land die Nachwuchsgewinnung verlernt. Nun endlich sei Sachsen-Anhalt vom „Dornröschenschlaf“ aufgewacht und wolle dies ändern. „Jetzt muss etwas aufgebaut werden, was jeder

vernünftige Arbeitgeber schon längst hat: eine Arbeitgebermarke, die es jungen Menschen, Quereinsteigern und Berufswechslern einfacher macht, sich zu informieren, was der Arbeitgeber eigentlich bietet“, äußert Stock.

Im Grunde hätten alle öffentlichen Verwaltungen Personal- und Nachwuchsprobleme. Daher sei die Bedeutung der Attraktivität eines Arbeitgebers so hoch wie noch nie. Neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei ein sicherer Arbeitsplatz nach wie vor für die meisten Menschen ein wichtiger Punkt.

Bereits in den vergangenen Jahren war im Ministerium der

Finanzen eine „Personalvermittlungsstelle der Landesverwaltung“ angesiedelt. Drei Bedienstete kümmerten sich um die zentrale Veröffentlichung von Stellenausschreibungen, um die Vermittlung wechselwilligen Personals innerhalb der Landesverwaltung zu koordinieren. Die neue „zentrale Stelle für Personalmanagement“ greife das bisherige Tätigkeitsspektrum auf und erweitere es. „Ich bin froh, dass die Stelle im Innenministerium verortet wird, da dort bereits Erfahrungen aus der Nachwuchssuche der Polizei vorhanden sind“, so Stock.

Weiter will die Landesregierung im Kampf um mehr Personal auf die Anziehungskraft des Beamtenstatus setzen. Das Angebot zielt vor allem auf Ingenieure, Techniker und Mediziner ab. Die Landesregierung habe dazu die Ministerien aufgefordert, die Möglichkeit der Verbeamtung stärker zu nutzen. In der Vergangenheit war das Land eher in vielen Bereichen zurückhaltend mit Verbeamtungen. ■



© Friedhelm Windmüller

> „Wir stellen uns als Arbeitgeber einfach nicht gut dar“, sagt Ulrich Stock, 1. stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt.

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

3. digitaler Frauen-Stammtisch

An welchen Stellen gilt es, Frauen zu fördern? An welchen Stellen des Lebens sind Frauen überproportional belastet? Wie wirkt sich dies auf das berufliche Leben von Frauen und nicht zuletzt auf die Präsenz von Frauen in der Gewerkschaft aus?

„Mental Load“ war das Thema des 3. Frauen-Stammtisches am 5. Mai 2022. Nachdem es beim 2. Frauen-Stammtisch insbesondere um die Darstellung von Auswirkungen der Kindererziehung auf die Altersversorgung in der Renten-

versicherung und der Beamtenversorgung ging, stand auf dem 3. Frauen-Stammtisch der Meinungsaustausch zwischen den Frauen des dbb sachsen-anhalt sowie der Mitgliedsgewerkschaften im Vordergrund.



Übersetzt spricht man bei „Mental Load“ von „mentaler Last“. Damit gemeint sind die unsichtbaren To-dos, welche tagtäglich im Alltag und im Beruf anfallen. Hier ein Beispiel: Bevor der Einkauf erledigt werden kann, muss klar sein, was fehlt im Kühlschrank, welche Events stehen an, was isst meine Familie gern! Diese Art der Verantwortung und der Orga-

nisation sowie die Ausführung der Aufgaben liegen überwiegend bei Frauen. Ferner ist dies eine immer wiederkehrende, nie endende, ermüdende und vor allem unsichtbare Arbeit.

Dr. Cathleen Rabe-Rosendahl, Juristin und Wissenschaftlerin am Zentrum für Sozialforschung an der Universität Halle, stand zu diesem kom-

plexen Thema den Teilnehmerinnen am Frauen-Stammtisch mit Tipps zur Seite. „Für mich war die zum Teil kontrovers geführte Diskussion in der Runde sehr spannend. Diese hat definitiv Einfluss auf die kommenden digitalen Frauen-Stammtische“, sagte Janine Dietz, stellvertretende Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung.

Der aktuelle Trend der Retraditionalisierung von Gesellschaft wurde durch die Coronapandemie weiter befeuert, das falsche Rollenbild von Frauen noch stärker bekräftigt. Hier waren es vor allem die Frauen, die die Erziehung und das Homeschooling von Kindern übernahmen, obwohl es objektiv gesehen keine Gründe dafür gab. „Das hat nicht zuletzt Auswirkung auf die berufliche Entwicklung von Frauen und in welchem Maße sie bereit sind, zusätzlich zum Alltag Verantwortung übernehmen“, betonte Dietz. An dieser Stelle sei es daher wichtig, das Unsichtbare sichtbar zu machen und Missverhältnisse benennen zu können.

Der 4. digitale Frauenstammtisch findet am 30. Juni 2022 statt. ■

Bund Deutscher Rechtspfleger Sachsen-Anhalt e. V.

Neuer kommissarischer Vorstandsvorsitzender: Christoph Stammer

In der laufenden Amtsperiode erfolgte ein Wechsel im Vorstandsvorsitz beim Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) Sachsen-Anhalt e. V. Christoph Stammer ist seit dem 1. April 2022 neuer kommissarischer Vorsitzender des BDR und übernimmt damit das Amt vom langjährigen Vorsitzenden Matthias Urich.

Der 31-jährige Diplom-Rechtspfleger (FH) ist verheiratet und frischgebackener Vater einer Tochter. Seit 2014 gehört er dem Vorstand des BDR an, die Funktion des Geschäftsführers hat er seit dem Rechtspfleger-tag 2019 inne.

Stammer, der sein Studium der Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin absolvierte, ist in der Automationsunterstützten Datenverarbeitung der Justiz im Entwicklungsteam des elektronischen Sitzungssaalanzeige- und Ma-



> Christoph Stammer, seit dem 1. April 2022 kommissarischer Vorsitzender des BDR

nagementsystems (e²S) bundeslandübergreifend für die moderne Außenwirkung der Justiz zuständig und arbeitet darüber hinaus im Bereich der IT-Querschnittsaufgaben.

Das primäre Ziel der Verbandsarbeit in dieser Periode ist die Fortführung der Themen, die auf dem vergangenen Rechtspflegertag in Halle (Saale) beschlossen wurden, wie etwa die Aufgabenübertragung, Rechtspfleger-Statusamt, Rechtspfleger-Robe. Darüber hinaus betont Stammer: „Die dringende Einführung des elek-

tronischen Rechtsverkehrs erfordert einen fokussierten Blick und ist als gesamtheitliche Aufgabe nicht nur für die Rechtspfleger zu verstehen, sondern für alle Dienste der Justiz von grundlegendem Interesse und zu begleiten.“

Ein weiteres Anliegen des Vorstandes, so Stammer, „ist das Interesse am Studium der Rechtspflege zu stärken und die Ausstattung der Studenten unter anderem mit juristischen Wissensdatenbanken für die Bewältigung des Studiums zu verbessern“. ■

Landesvertretertag des Verbandes Bildung und Erziehung

Mangel an ausgebildeten Lehrern weiterbekämpfen

Am 7. April 2022 wurde Torsten Wahl auf dem 9. Landesvertretertag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Landsberg in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände zogen neben der Wahl eines neuen Vorstandes Bilanz über die gewerkschaftspolitische Arbeit der letzten vier Jahre.

In seinen Ausführungen ging Wahl auf das Erreichte, aber auch auf noch zu bearbeitende „Baustellen“ ein. „Der Mangel an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern ist auch weiterhin das vorherrschende Thema der nächsten Jahre. Weiter werden uns Inklusion, digitale Bildung sowie die Weiterentwicklung der Lehrentgeltordnung weiter beschäftigen“, betonte Wahl.

Das Team rund um Wahl wird mit Kerstin Bode und Ludger Thieler als seine Stellvertreterin und Stellvertreter sowie Steffi Scholle als Schatzmeisterin gestärkt. Alle drei wurden ebenfalls in ihrem Amt bestätigt. Mit Michael Sommer wurde ein neues Mitglied in den geschäftsführenden Vorstand gewählt.

Als Gäste zur öffentlichen Veranstaltung konnte der VBE neben den Bundesvorsitzenden Udo Beckmann, die Bildungsministerin Eva Feußner, den Direktor des Landesschulamtes Gerhard Degner sowie Thomas Lippmann, Landtagsfraktion Die Linke, begrüßen.

In Richtung Bildungsministerin forderte Wahl endlich die Anhebung der Grundschullehrkräfte in die E 13 beziehungsweise A 13. „Mit den im Jahr 2019 in Kraft getretenen Änderungen der beamtenrechtlichen Regelungen hatte Sachsen-Anhalt den richtigen Weg im aktuellen Wettbewerb um ausgebildete Lehrkräfte be-



> Der neue Vorstand des VBE: Michael Sommer, Steffi Scholle, Torsten Wahl, Kerstin Bode und Ludger Thieler (von links)

schritten. Aber die daraus resultierende Anhebung aller ausgebildeten Lehrkräfte in die A 13 beziehungsweise E 13 ist bis heute nicht erfolgt“, betonte Wahl.

Weiter kritisierte er die bevorstehende Anpassung der

Schulentwicklungsplanung in den Landkreisen und Städten von Sachsen-Anhalt. Viele Lehrerinnen und Lehrer aber auch Eltern sowie Schülerinnen und Schüler fürchten gerade um die Schulstandorte in ihren Heimatregionen.

Torsten Salomon, langjähriges Mitglied im Vorstand, der für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stand, wurde in Anerkennung seiner mehrjährigen Arbeit im und für den VBE Sachsen-Anhalt die Ehrenmitgliedschaft verliehen. ■

Umfrage des Deutschen Philologenverbandes

Bürokratischer unterrichtsferner Aufwand schränkt Lehrqualität ein

Laut einer Umfrage, die der Deutsche Philologenverband zur Bürokratie an Schulen durchführte, gaben zwei Drittel aller Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt an, dass der bürokratische unterrichtsferne Aufwand die Qualität ihres Fachunterrichts einschränke.

Über 85 Prozent aller befragten Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt halten den bürokratischen und unterrichtsfernen Aufwand, den sie zusätzlich zu ihrer Tätigkeit als Klassen- und Fachlehrkräfte bewältigen müssen, für unangemessen und belastend. 74 Prozent der Lehrkräfte sind als Klassenleiterinnen und Klassenleiter tätig.

Trotz Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Entlastung von Lehrkräften an den Schulen in Sachsen-Anhalt“ durch das Bildungsministerium hat sich in den zurückliegenden Jahren der Umfang unterrichtsfremder Tätigkeit weiter erhöht. So gehört zum Beispiel für 88 Prozent der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer die Abrechnung für Klassenfahrten zum Alltagsgeschäft.

Mehr als 73 Prozent der befragten Klassenlehrerinnen und -lehrer haben während der Coronazeit den Coronaimpfstatus ihrer Schülerinnen und Schüler kontrolliert. Unabhängig von Corona müssen 77 Prozent von ihnen den Masernimpfstatus der Schülerinnen und Schüler kontrollieren.

Die Dokumentation pädagogischer Maßnahmen, von Förderplänen und Elterngesprächen, die Vor- und Nachbereitung von Beratungen, Sitzungen und Konferenzen, Lehrplanarbeit und die Umsetzung der Digitalisierung in den Schulen beschneiden die zeitlichen



Model Foto: PetraD/Colourbox.de

Ressourcen für guten Unterricht ohnehin in erheblichem Umfang.

Unterrichtsfremde Tätigkeit gehört in die Hände von Digital- und Schulverwaltungsassistenten. Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Zeit für guten Unterricht und ihre Schülerinnen und Schüler. Schüler, Eltern und Schulen sollten einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote, Schulsozialarbeiter und Zeitkontingente für Klassenleitertätigkeiten an jeder Schule haben.

Mehr als 3 000 Lehrerinnen und Lehrer aller Bundesländer nahmen an der Online-Umfrage teil. ■

> Vorankündigung

Einberufung des Gewerkschaftstages des dbb sachsen-anhalt

Gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung des dbb sachsen-anhalt hat die Landesleitung beschlossen, den Gewerkschaftstag zum 18. und 19. Oktober 2022 in das Harzer Kultur- & Kongresshotel Wernigerode einzuberufen.



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

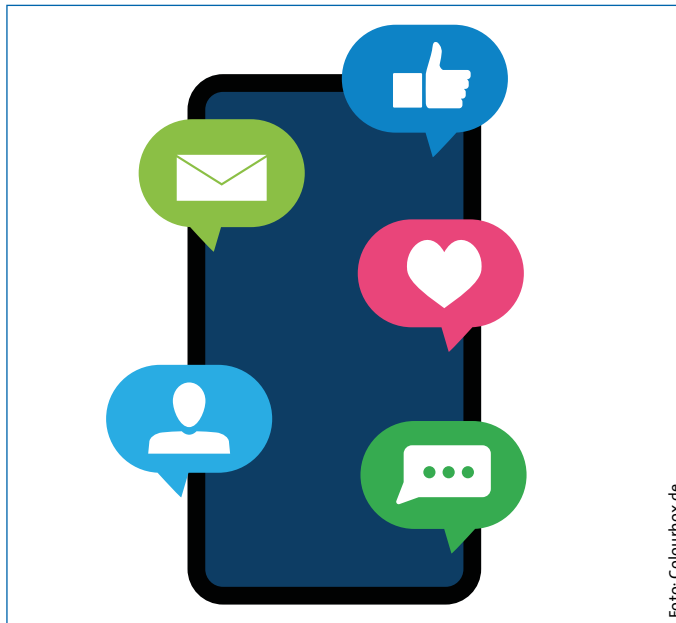
Der Gewerkschaftstag ist das höchste Organ des dbb sachsen-anhalt. Die Delegierten werden über fünf Jahre Tätigkeit der Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors Bilanz ziehen, die turnusmäßigen Wahlen der/des Landesvorsitzenden und ihrer/seiner Stellvertreter durchführen sowie die Grundsätze der berufspolitischen Arbeit des dbb sachsen-anhalt für die kommende Legislaturperiode bestimmen.

Neuer Service

Amtsangemessene Alimentation: Forum auf tbb Homepage

Wir würden uns freuen, Ihre Gedanken, Anliegen oder Probleme zu hören, damit wir unsere Arbeit besser ausrichten können! Bitte sagen Sie uns Ihre Meinung. Im Forum werden Ihre Beiträge für die Leserinnen und Leser sichtbar.

Das Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation sowie über die Gewährung einer Anerkennung für ehemalige angestellte Professoren neuen Rechts (LT-Drs. 7/3575) ist am 30. November 2021 verkündet worden und in Kraft getreten. Mehr als 14.000 Beamtinnen und Beamte hatten 2020 nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) Widerspruch gegen ihre Besoldung eingelegt. Der Thüringer Besoldungsgesetzgeber hat in Reaktion auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2020 vorrangig die Kinderzuschläge angehoben. Ein Großteil der



Beamtinnen und Beamten, die Widerspruch eingelegt haben, werden damit leer ausgehen.

Was ist Ihre Meinung zur Alimentation? Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung. Dabei erfassen wir Ihre Daten nur in dem Umfang, um Ihre Echtheit zu verifizieren und Ihr Anliegen besser zuordnen zu können. Eine Veröffentlichung auf der Homepage findet anonymisiert nur mit den Anfangsbuchstaben Ihres Namens statt. Sie finden unser Forum unter „Service | Kommentare“ oder direkt unter diesem Link: <https://www.thueringerbeamtentbund.de/service/kommentare/>.

Foto: Colourbox.de

Ausbildungsoffensive

Thüringer Verwaltungsfachschule im Gespräch

Der Landesvorsitzende des tbb, Frank Schönborn, war im Mai 2022 zum ersten Arbeitsgespräch beim Direktor der Thüringer Verwaltungsschule, Joachim Bender, in Weimar.

Konstruktiv und offen wurde über Themen wie Ausbildung, Fort-/Weiterbildung und Weiterqualifizierung im öffentlichen Dienst gesprochen. Es ist ein weiterer Baustein im

Bemühen des tbb, dem Thema Ausbildung oberste Priorität zu geben.

Wir bleiben im Dialog!



> Der Direktor der Thüringer Verwaltungsfachschule, Joachim Bender, im Gespräch mit tbb Landesvorsitzendem Frank Schönborn.

© tbb

Aussagen des Thüringer Finanzministeriums zu Steuermehreinnahmen

tbb fordert: investieren JETZT!

Angesichts der zu erwartenden 474 Millionen Euro Mehreinnahmen im Haushalt des Freistaates Thüringen fordert der tbb von Landesregierung und Landtag Investitionen in ein zukunftsfähiges Thüringen.

Als ersten Schritt schlägt der tbb die Rücknahme der „globalen Minderausgabe“ vor. Zu denken wäre auch daran, die Entnahme aus dem Thüringer Pensionsfonds wieder rückgängig zu machen. Dieser wurde geschaffen, um den erst in einigen Jahren zu erwartenden „Peak“ bei den Beamtenpensio-



nen abzumildern. Der tbb hatte sowohl den Einzahlungsstopp als auch die jetzige Entnahme scharf kritisiert. „In der aktuellen Situation muss der Staat bedingungslos in die Zukunft investieren!“, so die tbb Landesleitung auf ihrer Klausurtagung im Mai 2022 in Jena.

© tbb

Kritik zur Beamtentalimentation

Leistungsgedanken zu Grabe tragen?

Fast 7 000 Beamtinnen und Beamte haben im Jahr 2021 Widerspruch gegen die Thüringer Besoldung eingelegt und stützen damit auch nach dem Inkrafttreten des „Reparaturgesetzes“ zur Besoldung die Kritik des Thüringer Beamtenbundes an diesem Gesetz.

Das geht aus einer Antwort des Thüringer Finanzministeriums auf eine Kleine Anfrage von Maik Kowallek (CDU) hervor. In Thüringen arbeiten rund 30 000 Landesbeamtinnen und -beamte. Nach den Zahlen der kleinen Anfrage ist demnach jeder und jede Vierte davon nach wie vor überzeugt von der Fehlerhaftigkeit seiner Besoldung.

Ebenso interessant ist, dass neun von 35 ruhend gestellten Klageverfahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation in Thüringen wieder aufgenommen wurden. Nur 123 Widerspruchsbescheide wurden bislang erlassen und betrafen Widersprüche aus den Jahren vor 2020.

Mindestens zwei Bedienstete in Thüringer Landesamt für Finanzen arbeiten dauerhaft an den Widerspruchsbescheiden.

Trotzdem hatte das Finanzministerium eine Musterklagevereinbarung abgelehnt. Welche Auswirkungen die erwartete

Klagewelle auf die Gerichte hat, könne man derzeit nicht abschätzen. Die Gerichte hätten aber noch Kapazitäten.



© Colourbox.de/Wolfgang Filser



tbb frauenvertretung

Frauenseminar zu unbewussten Denkschubladen

Wie nehmen wir die Welt wahr und was beeinflusst unsere Wahrnehmung?

Im Seminar „Unconscious Bias“ der dbb akademie im Hotel am Schlosspark in Gotha Ende April 2022, geführt durch Jan-Christoph Daniel, lag der Fokus auf dem Erkennen und Ändern von unbewussten Denkmustern.

Nach der Begriffsklärung wurde den Teilnehmern die evolutionäre Bedeutung von abgekürzten Denkmustern nahegebracht. Schnell wurde

jedoch klar, dass Voreingenommenheit zu fehlerhaften Neigungen beim Wahrnehmen und Urteilen führen können. Um neue Denkmuster zu entwickeln, ist es von zentraler Bedeutung umzudenken, das heißt: weg von trennenden Elementen hin zu einem offenen, auf Verbindung beruhendem Denken.

Durch die Beispiele der Anwesenden konnte der Theorie Per-



sönlichkeit eingehaucht und den Teilnehmerinnen das Thema nähergebracht werden. Dank des Seminars war es diesen auch möglich, die eigene Offenheit zu hinterfragen und

es wurden zahlreiche Denkanstöße gegeben, um zukünftig blinde Flecken der eigenen Wahrnehmung zu vermeiden und neue Denkmuster zu etablieren.

© tbb (3)

Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG)

Bundesversammlung in Thüringen

Die DJG Bund traf sich vom 13. bis 15. Mai 2022 in Oberhof zur Bundesversammlung.

Der tbb Landesvorsitzende Frank Schönborn fokussierte dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der DJG Bund, sprach zu Problemen bei der Digitalisierung der Verwaltung sowie Einführung der E-Akte in der Justiz – und die Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung.

Auch die amtsangemessene Alimentation und die Unter-

stützung der DJG Bund bei Tarifverhandlungen in Thüringen waren wichtige Themen im gemeinsamen Austausch mit dem DJG-Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt, dem stellvertretenden DJG-Bundesvorsitzenden Marco Besselt, der stellvertretenden DJG-Bundesvorsitzenden Silke Gölzenleuchter sowie dem stellvertretenden DJG-Bundesvorsitzenden Michael Auriga. ■



> DJG-Bundesversammlung in Thüringen: Marco Besselt, Silke Gölzenleuchter, Frank Schönborn, Emanuel Schmidt, Michael Auriga (von links). © tbb

Mitgliedschaft

Worauf ist beim gewerkschaftlichen Rechtsschutz zu achten?

Die 34 Einzelmitgliedsgewerkschaften des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen gewähren ihren Mitgliedern umfassenden und kostenfreien Rechtsschutz in sämtlichen dienst- und arbeitsrechtlichen Fragen.

Darunter fallen auch Tätigkeiten in den Funktionen als Mitglied eines Personal- oder Betriebsrates, einer Jugend- oder Ausbildungsvertretung, als

Frauenbeauftragte oder als Vertrauensfrau/-mann für Schwerbehinderte. Grundlage für den Rechtsschutz ist neben einer aktiven Mitgliedschaft die Rahmenrechtsschutzordnung des dbb.

Der Rechtsschutz kann generell nur über die eigene Fachgewerkschaft schriftlich per Rechtsschutzantrag und vollständigen Unterlagen beantragt werden und nicht direkt über den tbb (oder die dbb Dienstleistungszentren).

Die Fachgewerkschaft wird Ihr Anliegen prüfen und entscheiden. Die Rechtsschutzgewährung selbst erfolgt über den zuständigen Landesbund (tbb beamtenbund) oder die Fachgewerkschaft. Die Rechtsschutzdurchführung wird über die zuständigen Dienstleistungszentren bewirkt. Keinesfalls sollte ein Mitglied vor einer Absprache mit seiner Fachgewerkschaft einen Rechtsanwalt in Anspruch nehmen, auch nicht für eine Erstberatung.

In vielen Rechtsschutzangelegenheiten droht durch Fristablauf ein vollständiger Rechtsverlust für die Mitglieder. Aus

diesem Grunde ist als allererstes zu prüfen, ob etwaige Fristen oder auch der Aspekt der Verjährung zu beachten sind. Zur Fristwahrung ist unverzüglich ein Rechtsschutzantrag auszufüllen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Fristen gewahrt werden und der gewerkschaftliche Rechtsschutz ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Einmal im Monat findet eine Rechtsberatung statt. Grundlage einer Rechtsberatung ist das Einreichen eines Rechtsschutzantrages. Nichtmitglieder haben keinen Zugang zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz. ■



© Pixabay